

Feature II

Demokratie im Internet-Zeitalter² Über vier Monate Kerzendemonstrationen in Korea Hintergründe und Ursachen

Werner Kampeter, Friedrich-Ebert-Stiftung Seoul &
Eun-Jeung Lee, Institut für Politikwissenschaft, Universität Halle



Kerzendemonstration, Seoul, 31.05.2008

Am 10. Juni beteiligte sich landesweit eine Million Menschen an Demonstrationen gegen Präsident Lee Myung-Bak, der erst im Februar sein Amt angetreten hatte. Er hatte die Präsidentschaftswahl am 19. Dezember 2007 mit fast 50 Prozent der Stimmen gewonnen und rund ein Dutzend anderer Kandidaten weit ins Feld geschlagen. Im Juni fand er nur noch bei 16-20 Prozent der Bevölkerung Unterstützung. Wie konnte es zu solch einem Ansehensverlust in so kurzer Zeit kommen?

² Aktualisierter Text eines Vortrags vom 15.8.2008

Zur Vorgeschichte

1. Fiktive Protestwahl

Es herrschte vor der Wahl große Unzufriedenheit über die Wirtschaftspolitik der Regierung Roh Moo-Hyun. In dessen Regierungszeit (2002-07) hatten die jährlichen Wachstumsraten bei rezessionsverdächtigen 4,5 Prozent und die Arbeitslosigkeit bei bedrohlichen 3,5 Prozent gelegen, während die Lohneinkommen jährlich um magere 7 Prozent zugelegten. In anderen Ländern wären solche Werte ein Grund zum Jubel, in Korea redete man sich ein, auf der Stelle zu treten. Neben seinen mageren wirtschaftlichen Erfolgen nahm man Roh Moo-Hyun insbesondere übel, dass er die spekulative Anspannung in den Immobilienmärkten erfolgreich ausgebremst hatte. Viele sahen sich in ihren Vermögensträumen betrogen – ungeachtet dessen, dass die Maßnahmen vor allem auf teure Immobilien und Mehrfacheigentümer zielten.

Die Wahlkampfstrategie Lee Myung-Baks konzentrierte sich auf diese bei genauer Betrachtung weitgehend fiktiven Schwächen seines Vorgängers. Auf seinem überall zu sehenden Werbeband stand schlicht und einfach „Wirtschaft“ (1. Zeile links oben), darunter „unbedingt wieder aufleben lassen“. Rechts oben nichts weniger als „der aktiv handelnde Wirtschaftspräsident“, darunter in großen Lettern sein Name (die „2“ verweist auf seine Partei Hannaradang, auch Grand National Party, GNP, genannt).



2. Medieninszenierung

Korea hat drei große Tageszeitungen mit Millionenauflagen, die eine marktbeherrschende Stellung einnehmen. Sie haben Eigentümer mit einer eigenen, gelinde gesagt politisch recht konservativen Agenda. So wie sie von Anfang an gegen Roh Moo-Hyun agitiert und polemisiert hatten, unterstützen sie im Wahlkampf Lee Myung-Bak und Hannaradang. Hatten diese Zeitungen eine zentrale Rolle beim Aufbau der fiktiven Wahrnehmungen gespielt, waren es just diese Fiktionen, die die Basis für den Wahlkampfes von Lee Myung-bak abgaben. Hatten sie vorher immer gegen die wachsende Staatsverschuldung polemisiert, schrieben sie nun, dass Lee Myung-Bak die Überschüsse im Staatshaushalt nutzen werde, um die Wirtschaft in Gang zu bringen.³

³ Beide Argumente sind übrigens richtig, denn brutto nahm die Staatsverschuldung zu – nicht aber netto, weil die Vermögen des Staates schneller wuchsen als seine Schulden.

Diese Zeitungen und die Opposition hatten nicht nur gegen die Wirtschaftspolitik Roo Moo-Hyuns polemisiert, sondern auch, und mit gleicher Vehemenz, gegen die Fortsetzung der Entspannungspolitik, gegen die Reform des Arbeitsgesetzes, die das Los der informell Beschäftigten verbessern sollte, ja gegen das FTA-Agreement mit den USA und gegen den Import von amerikanischem Rindfleisch. Vor allem letzteres sollte sich nach dem Amtsantritt von Lee Myung-Bak rächen.

3. Lee Myung-Bak als Messias

Bei all den Ängsten um die wirtschaftliche Zukunft des Landes und den enttäuschten Vermögensträumen erschien der erfolgreiche Wirtschaftskapitän Lee Myung-Bak als Heilsfigur, die das große Schiff an neue befreiende Ufer lenken würde. Diese Ufer wurden auch quantifiziert und in die „Vision 747“ gegossen – die Wirtschaft sollte jährlich wenigstens mit **7 Prozent** wachsen, nach 10 Jahren ein Prokopfeinkommen von **40.000 Dollar** (derzeit etwa 24000 Dollar) erreichen und dann die **7. größte** Wirtschaft der Welt sein (von Platz 11). Er wolle das Land in ein zweites *take-off* der industriellen Entwicklung führen. Zugleich versprach er, Nordkorea innerhalb von 10 Jahren auf eine Prokopfeinkommen von 3.000 US Dollar zu bringen. Als ehemals erfolgreicher Manager der Bausparte des Hyundai Konzerns und populärer Bürgermeister von Seoul nahm man solche Visionen gerne für bare Münze. Der *Bulldozer*, so sein Spitzname, wird Eure Träume verwirklichen! – Das war seine *message* und die seiner Partei und der wichtigsten Printmedien.

Der Messias verliert seine Kleider

1. Schlechter Start

In Korea beruft der Präsident unmittelbar nach seiner Wahl eine Übergangskommission, die unter seinen Vorgaben die politischen Strategien und Vorhaben der neuen Regierung konkretisieren und Vorschläge zur Reorganisation von Ministerien und staatlichen Agenturen erarbeiten sollen. Die Besetzung dieser Kommission und ihrer vielen Komitees mit Personen, die die letzte Diktatur (von Chun Doo Hwan) aktiv mitgetragen hatten, und mit bekannten Lobbyisten, war, auch wenn das von der breiten Öffentlichkeit zunächst nicht recht wahrgenommen wurde, für die politisch Interessierten ein Paukenschlag, den man nicht so schnell vergessen sollte.

Der nächste, diesmal sehr breitenwirksame Schock war die Bildung seines Beraterstabes im *Blue House*, dem Präsidentenpalast, und des Kabinetts. So viele Millionäre auf einem Haufen hatte man noch selten in diesem Land

gesehen, noch dazu überwiegend solche, die über Immobilienspekulation und auf allerlei undurchsichtigen Wegen ihre Vermögen erworben hatten. In der Folge mussten mehrere Kandidaten, die in der Vergangenheit öffentliche Ämter nicht nur im öffentlichen Sinne ausgeübt und es auch sonst mit ihren Bürgerpflichten nicht sehr genau genommen hatten, zurücktreten, oft erst nachdem ihr Leumund wochenlang im Fernsehen, den kleineren Zeitungen und insbesondere im Internet mehr oder weniger genüsslich durch den Kakao gezogen worden war. Da der Leumund von Lee Myung-Bak selbst schwerlich als vorbildlich gelten kann, mussten diese Fehlbesetzungen mit „Freunden“ und „Vertrauten“ umso mehr auf ihn selbst zurückfallen.

Das öffentliche Gezerre um diese Kandidaten, die Reihenweise das Handtuch werfen mussten, wurde zu einem hochnotpeinlichen Spektakel für den neu gewählten Präsidenten. Wochenlang beschäftigten sich die Öffentlichkeit und das Parlament, dessen Zustimmung zu den Kabinettsbesetzungen erforderlich war, im Detail mit den großen und kleinen Steuer- und anderen Vergehen der Kandidaten. Selbst die konservativen Zeitungen waren schockiert; umso wütender war die breite Öffentlichkeit.

Ein weiterer selbstverpasster Tiefschlag war das große Kanalprojekt Lee Mung-Baks, mit dem er das Land, die Bauindustrie und wohl auch die Spekulanten, die sich schon in großem Stil mit Grundstücken entlang der geplanten Kanaltrasse versorgt hatten, beglücken wollte. Dieses Projekt macht so wenig Sinn wie einen Kanal über den Apennin in Italien. Der Widerstand aus der Bevölkerung und von Fachleuten – 150 Professoren der Seoul National Universität, der angesehensten Universität des Landes, sprachen sich dagegen aus – war aus Gründen des Landschafts- und Grundwasserschutzes enorm, während die Wirtschaftlichkeitsfrage nie befriedigend beantwortet wurde. Trotz verbaler Zugeständnisse distanzierte sich Präsident Lee Myung-Bak niemals von diesem Projekt. Die Hartnäckigkeit mit der der Präsident weiterhin an dem Projekt festzuhalten schien, ließ den Bulldozer in einem anderen Licht erscheinen, nämlich als jemand, der sich über sachliche Gegenargumente und den Mehrheitswillen hinwegsetzte.

Der Ansehensverlust hatte auch seine humoristischen Seiten. Die Vorsitzende der Übergangskommission, eine enge Vertraute des Präsidenten, machte sich mit ihrem Vorschlag lächerlich, Unterricht in Korea nur noch auf Englisch stattfinden zu lassen. Alle koreanischen Schüler sollten diese Sprache wie ihre Muttersprache erlernen. Um diesen Anspruch zu untermauern, gab die Vorsitzende ihr eigenes Amerikanisch mit breitem Südstaatenakzent zum Besten. Ihr so gesprochenes „orange“ steht noch heute in den Komik-Hitlisten im Internet.

2. Parlamentswahl: Missbrauch der Vermögensträume der Wähler

Lee Myung-Bak war von 2002-6 Bürgermeister von Seoul. Er kam aus der Bauwirtschaft und er hatte sich die urbane Erneuerung der Stadt Seoul zum Ziel gesetzt. Dazu gehörten eine ganze Reihe von sog. *New Towns* – im nördlichen, bis dahin vernachlässigten Teil von Seoul: die Bewohner von Gangbuk, also dem Gebiet nördlich des Han Flusses, sollten nun endlich auch die Chance haben, so komfortabel wie die Leute im Süden, in Gangnam, zu leben. Die New-Town-Vorhaben sind für die Eigentümer von Grundstücken und Immobilien in den jeweiligen Gebieten mit enormen finanziellen Vorteilen verbunden, weil sie für ihr altes Eigentum entschädigt werden und ein Anrecht auf eines der zu bauenden Apartments in riesigen bis zu 40 Stockwerken hohen Wohnanlagen (in Korea die bevorzugte Art zu wohnen) erwerben. Nach einer Schamfrist kann man diese Wohnungen erfahrungsgemäß zu erheblich höheren Preisen weiterverkaufen. Da Wohneigentum in Korea überhaupt und in solchen altgewachsenen Stadtteilen ganz besonders weit verbreitet ist, konnte es bei der Parlamentswahl vom 9. April 2008 kaum ein besseres Wahlversprechen geben als das, in den Wahlbezirken, in denen es noch keine New-Town-Vorhaben gab oder gegeben hatte, solche Vorhaben zu versprechen.

Im Großraum Seoul bildeten solche Versprechen den Kern der Wahlkampfstrategie der konservativen Hannaradang. Nachdem ihr wichtigster Gegner, die Demokratische Partei (Minjudang), diese Strategie spitz bekommen hatte, versuchten sich ihre Kandidaten auch damit, litten jedoch unter einem Glaubwürdigkeitsnachteil, da die ursprüngliche Idee ja auf Lee Myung-Bak als Bürgermeister zurückging. Allein in Seoul konnte die Hannaradang 22 Sitze hinzugewinnen, ganz überwiegend in Wahlbezirken, in denen die New-Town-Karte gespielt worden war. Wenige Tage nach der Wahl sagte der Bürgermeister von Seoul dazu, er könne das nicht verantworten und mitfinanzieren. Auch die Abgeordneten wollten von ihren Versprechen nichts mehr wissen und schoben die Verantwortung anderen zu. Die Enttäuschung und die Wut ihrer Wähler war maßlos und war über Wochen ein brennendes Thema in Fernsehen und Internet.

Ohne diese Wahlkampfplüge hätte die Hannaradang ihre knappe Mehrheit von 4 Sitzen im neuen Parlament sicher verfehlt, wenngleich das konservative Lager insgesamt, das sich vorher noch gespalten hatte, eine satte Mehrheit erreichen konnte. Nach dem überzeugenden Sieg Lee Myung-Baks bei der Präsidentschaftswahl hatte man mit einem noch überzeugenderen Sieg der Hannaradang, nämlich einer Zweidrittelmehrheit, bei der Parlamentswahl gerechnet. Dass das nicht so war, hat sie dem schlechten Start Lee Myung-Baks zu verdanken.

3. Camp David und Rindfleisch

Wenige Tage nach der Parlamentswahl reiste Lee Myung-Bak in die USA, um damit seine Loyalität gegenüber den USA und die Militärallianz zu bekräftigen. In seinem Streben, sich von seinem Vorgänger, der stets Distanz zu Washington gehalten hatte, erwartete er wohl, dass dies ein Heimspiel werden würde, da der Antiamerikanismus kein entscheidendes Moment mehr in der südkoreanischen Politik ist.

Tatsächlich reagiert man aus historischer Erfahrung mit Vorsicht, wenn man einer, für die Existenz Koreas entscheidenden Großmacht zu nahe kommt. Als kleines Land, das mehr als genug unter den Launen von Großmächten gelitten hat, versucht man lieber, sich mit möglichst allen großen Spielern gutzustellen. Sich in Loyalitätsreflexen gegenüber Washington zu üben, und das tat Präsident Lee Myung-Bak zumindest verbal, musste bei vielen Koreanern als Gefahrensignal ankommen.

Unmittelbar erheblich größere Auswirkungen hatte allerdings die Unterschrift unter ein Dokument, das den amerikanischen Rindfleischhändlern praktisch freie Hand beim Rindfleischexport nach Korea gab. Es kam sofort der Verdacht auf, dass Lee Myung-Bak seine Unterschrift als Preis für die Einladung nach Camp David gegeben hatte, ein Privileg, das noch keinem koreanischen Präsidenten zuteil geworden war, auch nicht dem japanischen Premier Fukuda bei seinem US-Besuch im November 2007.

Nun muss man wissen, dass schon zu Zeiten von Präsident Roh Moo-Hyun wegen der unzureichenden amerikanischen veterinärmedizinischen Kontrollen und der nicht immer ausreichenden Hygienestandards amerikanischer Schlachthöfe jahrelang eine Diskussion über die Sicherheit amerikanischen Rindfleischs und die Wiedezulassung von Importen getobt hatte.⁴ Roh Moo-Hyun wollte bei entsprechender Zertifizierung Fleisch von Rindern unter 30 Monaten unter Ausschluss von Knochen und möglicherweise gesundheitsgefährdendem Körpergewebe zulassen – und war deshalb von Hannaradang und den Zeitungen noch im April 2007 über Wochen massiv angegriffen worden. Die Erinnerung daran wurde gleich wieder wach, als Lee Myung-Bak seine Beamten diese Blanko-unterschrift in New York geben ließ.

Kerzendemonstrationen

1. Schüler übers Internet zu den Kerzen

Mit der Unterzeichnung brach der alte Sturm auf breiter Front wieder los. Lee Myung-Bak meinte am 22. April dazu, er wolle seine Bürger mit gutem und

⁴ Korea importiert wie Japan einen großen Teil seiner Nahrungsmittel, darunter sehr viel Rindfleisch. Nach den ersten BSE-Fällen in den USA 2003 wurden die Importe storniert. Australien übernahm die amerikanische Rolle.

preiswerten Rindfleisch versorgen. Wem das nicht gefalle, der müsse es ja nicht essen. Diese Äußerung zeitigte Reaktion von durchschlagender Wirkung, und zwar zunächst bei Schülern und deren Müttern, denn sie mussten wohl nicht ganz zu unrecht fürchten, dass die Kinder über die Schulspeisungen zur größten Konsumentengruppe amerikanischen Rindfleischs avancieren würden. Die Schüler diskutierten ihre Sorgen per SMS und im Internet. Innerhalb kürzester Zeit bildete sich im Internet eine Öffentlichkeit gegen die vermeintlich wohlwollenden Absichten der Regierung und gegen die drei großen Zeitungen, die die Position der Regierung stützten.

Im Internet entstand Anfang Mai der Gedanke, dass es an der Zeit sei, nicht nur online zu debattieren, sondern auch offline in Aktion zu treten. Im Anti-Lee-Myung-Bak-Café in Daum wurde zu einer Kerzen-Kultur-Veranstaltung am 2. und 3. Mai aufgerufen und diese ordnungsgemäß bei der Stadt Seoul angemeldet.⁵ Zur Überraschung der Initiatoren selbst fanden sich am 2. und 3. Mai 2008 mehrere Tausend Demonstranten ein. Die meisten waren Schüler und deren Mütter. Man versammelte sich am Cheonggecheon – ironischerweise ein Ort, der wie kein anderer mit Lee Myong-Bak verbunden ist, weil er in seiner Zeit als Bürgermeister eine Stadtautobahn abgerissen, den darunter liegenden Fluss renaturiert und den Bürgern ein ganz neues Gefühl von Urbanität gegeben hatte.



Die meisten waren Schüler und deren Mütter. Man versammelte sich am Cheonggecheon – ironischerweise ein Ort, der wie kein anderer mit Lee Myong-Bak verbunden ist, weil er in seiner Zeit als Bürgermeister eine Stadtautobahn abgerissen, den darunter liegenden Fluss renaturiert und den Bürgern ein ganz neues Gefühl von Urbanität gegeben hatte.

In den folgenden Tagen explodierte die Zahl der Teilnehmer. Es bildete sich ein *Volkskomitee gegen BSE-Fleisch*, das von 1.700 unterschiedlichen Gruppierungen im Internet und der NGO-Szene getragen wurde. Dieses Komitee hatte keine Führungsstruktur, die Bewegung blieb ein lockerer Verband von sich selbst mobilisierenden Gruppen. Auch die NGOs, die die Demokratiebewegung in Korea getragen hatten, konnten keine führende Rolle übernehmen. Es ging nur um BSE und die Verteidigung von Gesundheit und Leben, um fehlerhafte Politik der neuen Regierung, nicht aber um Ideologie. Entideologisierte Politik sozusagen. Minjudang (DP), die größte Oppositionspartei wurde ebenfalls ausgebuht. Nur Kang Ki-Gap, ein Bauernführer und Abgeordneter der Minjundongdang (Demokratische Arbeiterpartei), der seit Jahren gegen die Liberalisierung der Agrarmärkte und den Import von US-Fleisch gekämpft hatte, wurde als Redner bei Veranstaltungen akzeptiert. Man kann von einer themen-

⁵ Eine Kulturveranstaltung muss nur angemeldet, eine Demonstration vorher genehmigt werden.

orientierten Selbstmobilisierung der Netizen gegen die etablierten Parteien und die manipulativen Medien sprechen.

2. e-agera und afreeca – Öffentlichkeit in Internet-Zeitalter

Dass sich eine Gegenöffentlichkeit im Internet bildet, hat schon Tradition in Korea. Die Gegenöffentlichkeit spielte zum ersten Mal bei der Präsidentschaftswahl 2002 eine entscheidende Rolle, dann wieder 2004 beim Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Roh Moo-Hyun. Sie richtete sich gegen die gezielte Manipulation und Beeinflussung von Nachrichten und öffentlicher Meinungsbildung durch die großen Zeitungsverlage. 2002 konnte man die Kräfte, die diese Gegenöffentlichkeit vorantrieben, klar identifizieren. *OhmyNews*, eine progressive und interaktive Internetzeitung, und *Nosamo*, ein Fan Club von Roh Moo-Hyun, der über das Internet kommunizierte und auf diese Weise auch offline-Aktionen organisierte, waren die wichtigsten Plattformen. 2004 hatte sich diese Gegenöffentlichkeit schon weitgehend entinstitutionalisiert. Es passierte, dass auf Vorschläge einzelner, unbekannter Netizen, Zigtausende Bürger auf die Straße gingen.

Diese Entinstitutionalisierung ist 2008 zur Normalität geworden. Der gesamte Prozess von Informationsaustausch und Meinungsbildung bis hin zur Mobilisierung verläuft chaotisch, anarchisch, spontan und ist daher nicht steuerbar. Trotzdem suchten Regierung und konservative Presse verzweifelt nach



Drahtziehern im Hintergrund. Sie ernteten nur Spott. So trugen Babys und Kleinkinder der sog. „Kinderwagentruppe“ (s. Foto) bei den Kerzendemonstrationen Schilder mit der Aufschrift „Mamas Drahtzieher bin ich!“.

Freilich haben auch urwüchsige, nicht steuerbare Kommunikationsprozesse infrastrukturelle Voraussetzungen. Internettechnisch gesehen ist Korea eines der modernsten Länder überhaupt. Die Kosten der Internetnutzung steigen nicht mit der Zahl der Zugriffe, da die Abrechnung fast nur über *flat rates* erfolgt. Umso mehr wollte Präsident Lee Myung-Bak nach den ersten Kerzendemonstrationen *flat rates* schlichtweg verbieten: Die dahinterstehende Logik war, dass die Kosten die Schüler und andere Nutzer des Internets davon abhalten würden, sich gegen ihn zusammenzutun.

Zugleich wurde bekannt, dass die Rundfunkkommission die Portalseite Daum aufforderte, „verleumderische“ Ausdrücke wie 2 MB heraus-zufiltern. Schon im April war diese Abkürzung für den Namen von Lee Myung-Bak im Internet aufgetreten. „Lee“ kann im Koreanischen phonetisch nämlich auch „2“ bedeuten, während seine Initialen MB als Megabyte gelesen werden können. Die damit gemeinte Anspielung war, dass Lee Myung-Bak noch nicht im Zeitalter von Gigabyte, GB, angekommen sei und noch im MB-Zeitalter lebe. Das Verbot von flat rates und seiner Spitznamen belegte diese Anspielung nur. Der Präsident erntete nicht nur im Internet Hohn und Spott.

Internetkomik und breit gespannte und schnelle Kommunikationsnetze haben nicht nur technische, sondern auch organisatorisch-institutionelle Voraussetzungen. Dazu gehören Plattformen, auf denen die Netizen im Internet zusammenkommen, sich über Themen und Fora informieren und ggf. zu offline-Aktionen mobilisieren können. Früher stellten progressive Internetzeitungen oder Fan Clubs solche Plattformen zur Verfügung; heute sind sie politisch neutral ohne eigene politische Agenden.

Wichtigste Plattform für die aktuellen Debatten und Mobilisierungen ist „Agora“. Sie entstand in bewusster Anlehnung an die griechische Demokratie vor zehn Jahren bei Daum, dem zweitgrößten koreanischen Internetprovider. Diese Agora ist ein offenes Diskussionsforum für die unterschiedlichsten Themen. Sie organisiert sich selbst und ist durch bestehende Organisationen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik nicht zu steuern. Sie wird täglich von Hunderttausenden, manchmal Millionen besucht, die jederzeit Informationen beisteuern, Kommentare abgeben oder Vorschläge machen können. Die Wirkungen sind kaum vorhersagbar. Ein Aufruf eines einzelnen kann unbemerkt bleiben oder Tausende oder gar Hunderttausende auf die Straße bringen.

Die Kommunikation im Zeitalter von Web 2 findet nicht nur über Schrift, sondern auch über Bilder statt. Dieses Potential des Internets erlangte bei den Kerzendemonstrationen der letzten Wochen eine ganz besondere Bedeutung, weil es das Geschehen in den Zentren von Seoul und anderen Großstädten direkt und unmittelbar zu einem öffentlichen im ganzen Land beobachtbaren Ereignis machte. Es gab häufig weit mehr als 1.000 Live-Übertragungen im Internet. Dazu unzählige mit



den Handys aufgenommene UCC (User Created Content) von den Demonstrationen.

Nicht nur das, Übergriffe der Polizeikräfte und der *anti-riot* Spezialtruppen wurden optisch dokumentiert, und zwar mit dem Ergebnis, dass die Täter selbst häufig identifiziert werden konnten – und unter dem Druck der Öffentlichkeit bestraft werden mussten. Wenn Opfer nicht identifiziert werden konnten, wurden die Sorgen um deren Wohlbefinden tagelang unter Wiederholung der erlittenen Misshandlungen verbreitet – bis diese Opfer selbst Entwarnung gaben. Neben dem teilweise brutalen Vorgehen, besonders der Spezialtruppen, nährte der nahtlos dokumentierte Einsatz von Wasserwerfern Ende Mai die Wut der Bürger und trieb sie auf die Straße. Wie konnte eine demokratisch gewählte Regierung sich so dem Volke entgegenstellen?

Die filmische Dokumentation der Ereignisse bestärkte das Gewaltfreiheitspostulat der Demonstranten und wirkte ausgesprochen mäßigend auf die Polizeikräfte und letztlich auf den Einsatz von Wasserwerfern. Zum Einsatz von Tränengas, der Erinnerungen an die letzten Tage der Diktatur wachgerufen hätte, kam es erst gar nicht. Man hatte wohl erkannt, dass er zu einer Wiederholung der Ereignisse vor 20 Jahren, d.h. einen allgemeinen Aufstand gegen die Regierung, hätte führen können. Auf Seiten von Sicherheitskräften und Regierung bemühte man sich seit Anfang Juni offensichtlich um Deeskalation. Die Barrieren aus Bussen und Containern dienten der passiven Verteidigung der „Bannmeile“ um den Präsidentenpalast (s. Photo), während mit Schlagstöcken, Schilden und Schutzhelmen bewehrte Sicherheitskräfte kaum noch in der Nähe der Demonstranten gesehen wurden. Man ließ sie mehr oder weniger unbehelligt durch die Straßen im Zentrum ziehen und ihre multiplen Versammlungen abhalten. Freilich wurden diese Barrieren als Symbol der Nicht-Bereitschaft von Präsident Lee Myung-Bak gesehen, mit den Bürgern selbst zu kommunizieren und sich stattdessen hinter diesen hermetischen Barrieren zu verstecken.

Die wichtigste Plattform für selbst erstellte Nachrichten mit Filmdokumentationen war „afreeca“, eine Webseite, auf der jeder Netize zum Produzenten von Internetfernsehprogrammen werden kann. Bei den Demonstrationen Ende Mai wurde diese Plattform täglich mehrere Millionen Mal aufgerufen. Dort konnte man an manchen Tagen weit mehr 1.000 Live-Übertragungen der Demonstrationen im ganzen Land aufrufen; dazu Archivaufnahmen und -filme ohne Zahl. Moderne Technik machte es möglich: Mit der Digitalkamera gemachte Filmaufnahmen können praktisch ohne Verzögerung ins Internet gestellt werden. Der mit dem Notebook Computer verbundene Camcorder wird zum Ein-Mann- oder -Frau-Fernsehteam, das in hoher Qualität Live-Aufnahmen ins Internet überträgt.



Demonstration am 10. Juni

Am oberen Bildrand der Präsidententpalast; hinter den Demonstranten die Barrieren aus Containern und Bussen

3. Ausweitung und Eskalation der Kerzendemonstrationen

Die Demonstrationen begannen in den ersten Maitagen und dauern bis heute an. Die Zahl der Teilnehmer wurde ständig größer und die Umfragewerte für Präsident Lee Myung-Bak immer schlechter. Wie konnte ein von Schülern im Netz begonnene Protestaktion zu einer massenhaften Bewegung gegen den gerade gewählten Präsidenten Lee Myung werden?

Der Anlass war ohne Zweifel die bedingungslose Zulassung von jahrelang heftig umstrittenen Rindfleischimporten aus den USA, die durch einen unerwarteten und schlecht vorbereiteten Federstrich besiegelt wurde, und zwar, so die allgemeine Wahrnehmung, als Preis für die Befriedigung der persönlichen Eitelkeit des neugewählten Präsidenten, nämlich von Präsident Bush nach Camp David eingeladen zu werden.

Der wahrscheinlich wichtigste Grund für die Eskalation der online- und offline-Protestbewegung liegt in den unangemessenen und ungeschickten Reaktionen des Präsidenten und seines Umfeldes (Stab im Blue House und Minister). Offensichtlich verstand man nicht, welche Rolle das Internet als Gegenöffentlichkeit und als Mobilisierungsplattform besitzt, obwohl man das aufgrund

der Ereignisse 2002 und 2004 hätte wissen können. Wahrscheinlich hatten weder Entscheidungsträger noch ihre Mitarbeiter Zeit, sich mit den Vorgängen im Internet zu befassen, weil sie von Lee Myung-Bak jenseits des menschlich Verkraftbaren mit Arbeit „vollgeknallt“ worden waren.

Soweit man etwas verstanden hatte von dieser Netizenwelt, reagierte man vollkommen unangemessen, etwa mit dem flat-rate-Verbot oder dem Verbot von Spitznamen. Man erntete nicht nur Spott, denn solche Vorschläge bedeuteten eine Verweigerung des Dialogs. Diese Verweigerungshaltung wurde durch den Einsatz von Zigtausenden von Polizei- und Sondertruppen und die Bus- und Containerbarrieren täglich bestätigt. Ein Präsident, der sich dem Dialog mit dem Volk verweigert – das weckte zu viele Reminiszenzen an die Zeiten der Diktatur.

Diese Erinnerungen wurden mit Schrecken wach, als man Bilder von einer heftig blutenden Studentin und jemandem aus der *anti-riot* Spezialtruppe, der mit seinen Stiefeln den Kopf eines am Boden liegenden Demonstranten rücksichtslos und brutal bearbeitete, in Internet und Fernsehen zu sehen bekam. Der Einsatz von Wasserwerfern, die noch dazu unter Verletzungsgefahr direkt auf einzelne Demonstranten gerichtet wurden, war für viele ein zusätzlicher Beweis dafür, dass der Präsident nicht aus demokratischem Holz geschnitzt ist.

Hinzu kam, dass sich in diesen Wochen mehrere historische Ereignisse jährten, darunter das Ende der Diktatur, das durch den tragischen Tod eines Studenten durch eine Tränengaspatrone am 10. Juni 1987 eingeläutet worden war. Das war der Tag, an dem landesweit eine Million Menschen auf der Straße war. Wäre es zum Einsatz von Tränengas gekommen, wäre ein Aufstand wie damals denkbar geworden.

So oder so hatte der Präsident das Vertrauen, das man anfänglich in ihn gesetzt hatte, verloren. Damit änderten sich Themen und Tenor der Demonstrationen. Die Demonstranten sangen immer häufiger eine vertonte Fassung von Artikel 1 der Verfassung: „Korea ist eine demokratische Republik. Die Macht geht vom Volke aus.“ Es ging nun vorrangig, wie schon 2004, um die Verteidigung der Demokratie.

Der schlechte Start Lee Myung-Baks und viele hier nicht erwähnte, kleinere und größere Fehler und kontroverse politische Vorhaben kochten vor dieser sich verändernden Wahrnehmung der online- und offline-Diskussionen immer weiter hoch. Pech für ihn – als Folge der Finanzkrise in den USA und des rapiden Anstiegs der Ölpreise verloren auch seine wirtschaftlichen Heilsversprechen an Glaubwürdigkeit. Der Kaiser stand mehr und mehr ohne Kleider da, nahm das aber selbst über lange Zeit vermutlich gar nicht wahr. Er wog sich wohl in der Hoffnung, dass die öffentliche Wut bald wieder abflauen würde.

Seit dem 10. Juni setzte man zunächst auf Deeskalation. Man riegelte das Blue House nun großräumig ab und ließ die Demonstranten hinter den Barrieren aus Bussen und Containern freien Lauf. Diese Barrieren wurden weiterhin als Absage an den Dialog mit den Bürgern gewertet. Die Demonstrationen gingen unvermindert bis Anfang Juli weiter. Daran konnte auch die Entlassung seines gesamten Beraterstabes am 20. Juni nichts ändern, ebenso wenig die Entlassung von drei Ministern Anfang Juli.

Schon Ende Juni wurde die Deeskalationsstrategie wieder aufgegeben. Man gab öffentlich bekannt, dass man gegen Demonstranten unter Einsatz aller staatlichen Mittel – wie dem Einsatz von Wasserwerfern, möglicherweise auch von Tränengas –, sowie mit strafrechtlicher Verfolgung wegen Diffamation von Politikern und des Präsidenten im Internet gegen Kritiker vorgehen werde. Tatsächlich eskalierte die staatliche Gewalt. Um Schlimmeres zu vermeiden, griff nun die in den Augen vieler Bürger höchste moralische Autorität des Landes, die beim Sturz der Diktatur eine entscheidende Rolle gespielt hatte, nämlich eine Gruppe katholischer Priester, in das Geschehen ein. Ihnen folgten Mönche aus verschiedenen Orden und auch einige protestantische Kirchen. Die Kundgebungen wurden zum Gottesdienst erklärt und als solche der Reihe nach von den religiösen Kongregationen gefeiert. Die moralische Diskreditierung der Regierung, ganz in der Tradition der Bekämpfung der Diktatur, wurde hier für alle Koreaner unmittelbar sichtbar. Die Popularität von Präsident Lee Myung-Bak fiel in dieser Zeit deutlich unter 20 Prozent.

In dieser Not kam ihm die japanische Politik zu Hilfe. Das japanische Bildungsministerium gab neue Richtlinien für die Erstellung von Schulbüchern bekannt, denen zufolge der Konflikt um eine kleine Inselgruppe (japanisch Takeshima, koreanisch Dokdo) zum Thema des Mittelschulunterrichts gemacht werden sollte. Dieser schwelende, hochemotionalisierte Konflikt lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit für ein paar Wochen ab. Man spekulierte schon darüber, ob Abgeordnete aus dem Lager Lee Myung-Baks bei den Kerzendemonstrationen auftreten würden, um an den im Lande ausgeprägten Nationalismus zu appellieren. Zu dieser Umfunktionalisierung kam es dann doch nicht. Stattdessen brachte der Besuch von Präsident Bush am 5. August wieder Zigtausende wohlabgeschirmter Demonstranten auf die Straße. Danach sorgten die Olympiade und die koreanischen Erfolge für Ablenkung. Die Demonstrationen gingen aber trotzdem weiter und wurden am 15. August, dem Jahrestag, an dem Japan kapitulierte und Korea von der Kolonialherrschaft befreit wurde, zum Kontrapunkt der offiziellen Feierlichkeiten.

Ausblick

Lee Myong-Bak wurde mit fast absoluter Mehrheit unter 10 Kandidaten gewählt. Schon bei Amtsantritt am 25. Februar hatte er durch die unglückliche

Besetzung von Kabinett und Beraterstäben einen erheblichen Teil seines Startkapitals verspielt. Unbeirrt hielt er an seinem absolutistischen Führungsstil fest und meinte eine über zwei Jahre geführte öffentliche Diskussion über den Import von amerikanischem Rindfleisch ignorieren zu können. Eine Reihe weiterer innen- und außenpolitischer Fehler ließen ihn weiter an Glaubwürdigkeit und Ansehen verlieren. Er kapselte sich im Blue House ab, statt sich dem Volk zuzuwenden. Seine Methoden im Umgang mit den protestierenden Bürgern nehmen, wenngleich er gelegentlich bereit war, taktische Zugeständnisse zu machen (z.B. Verzicht auf die Privatisierungsvorhaben von Krankenversicherung, Wasser und Energie sowie auf sein Flugschiffprojekt, den großen Kanal), immer deutlicher autoritäre und repressive Züge an. Dies gilt nicht nur für den Einsatz der unglaublich martialisch wirkenden anti-riot Polizeitruppen, sondern auch für andere Bereiche.

Dazu gehören die Medien. Der Präsident der staatlichen, aus Sicht Lee Myung-Baks zu kritisch berichtenden Fernsehanstalt KBS wurde unrechtmäßig entlassen und unter Vorwänden in Untersuchungshaft genommen. Bei YTN, ein Nachrichtenfernsehsender, wurde der Präsident durch einen Vertrauten Lee Myung-Baks (Mitglied seiner Kirchengemeinde) ersetzt. Die YTN-Belegschaft ist seitdem im Streik. Bei MBC, einem anderen Privatsender, wurden die Redakteure des beliebtesten politischen Informationsmagazins (PD sucheop) entlassen und gegen sie Verfahren angestrengt. Schon seit Anfang des Jahres waren diesem Sender mehrere kritische Zähne gezogen worden.

Dazu gehören auch die Internetnutzer. Es wurden Haftbefehle gegen die angeblichen Organisatoren der Demonstrationen (es gab, wie gezeigt, in Wirklichkeit gar keine "Drahtzieher"; alles lief als Selbstmobilisierung im Internet) erlassen. Ein Teil von ihnen ist seitdem im Tempelasyl bei der größten buddhistischen Kongregation im Lande. Wer im Internet Negatives über den Präsidenten schreibt, wird mit Verleumdungsklagen und extrem hohen Schadensersatzforderungen (wie in Singapur) überzogen. Auch die Provider werden (wie in Malaysia) mit heftigen Geldstrafen belegt. Die Regierung will ein Gesetz verabschieden, das diejenigen, die eine Message ins Internet stellen wollen, dazu verpflichtet, sich durch ihre Einwohnermeldenummer zu identifizieren. Praktisch verlangen die Provider das schon jetzt.

Angesichts solcher Maßnahmen der Regierung nimmt es nicht Wunder, dass die Bürger in ihr eine Gefahr für die vor 20 Jahren blutig erkämpfte Demokratie sehen. Korea Research, ein unabhängiges und renommiertes Meinungsforschungsinstitut, hat bei einer Meinungsumfrage festgestellt, dass nur 22,3 Prozent die Regierung für demokratisch halten, während 51,4 Prozent der Befragten meinen, dass die Bürger Koreas ein demokratisches Bewusstsein entwickelt haben. Man meint damit nicht die formale Demokratie, die ist noch halbwegs intakt, sondern dass der Präsident des Volkes Stimme, die sich unter

den heutigen Bedingungen inhaltlich und politisch besser als je zuvor artikulieren kann, nicht hören und demokratische Grundrechte einschränken will. Regierungsseitig schreckt man nicht einmal davor zurück, offen von der Reaktivierung der berüchtigten Anti-Terror-Einheit Baegoldan und vom Einsatz von Tränengas zu sprechen. So wird die Regierung nicht als demokratisch wahrgenommen.

Durch die Ereignisse der letzten Monate ist deutlich geworden, dass es in Korea weniger eine Politik- als eine Parteienverdrossenheit gibt. Im Zeitalter des Internet lässt sich der Bürger nicht mehr nur auf seine Rolle als Wähler reduzieren. Die repräsentative Demokratie steht zur Debatte. Diese entstand in der Vergangenheit auch deshalb, weil die Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten eingeschränkt waren. Diese Beschränkungen verlieren heute an Bedeutung. Es ist denkbar geworden, dass im Internet unter breiter Beteiligung der Bürger eine sachliche Diskussion auch komplexer inhaltlicher und politischer Probleme geführt wird. Man könnte von einer Wikipedia-Demokratie sprechen.

Andererseits geben diese Veränderungen keinen Hinweis darauf, wie eine größere Mitwirkung der Bürger in legitime Entscheidungsprozesse münden kann. So lange diese Fragen nicht geklärt sind, besteht immer auch die Gefahr des Digitalpopulismus. Das interaktive Web 2 als Fortentwicklung des Internet stellt unsere politischen Systeme vor neue Herausforderungen.